

**II-6739 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode**

FERDINAND LACINA
BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN
GZ. 11 0502/163-Pr.2/92

1010 WIEN, DEN 13. Juli 1992
HIMMELPFORTGASSE 8
TELEFON (0222) 51 433

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

2961 IAB

1992 -07-14

Parlament
1017 Wien

zu 3002 IJ

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche Anfrage der Abgeordneten Monika Langthaler und Genossen vom 19. Mai 1992, Nr. 3002/J, betreffend Chlor/Natronlauge - Steuer, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 2., 3. und 5.:

Im Bundesministerium für Finanzen wurden bezüglich einer Einführung einer Chlor/Natronlauge - Steuer bisher keine Überlegungen angestellt. Es hat daher auch noch keine konkreten Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie gegeben.

Zu 4.:

Eine Einführung einer derartigen Abgabe in Österreich würde höchstwahrscheinlich zu einer Verdrängung der Produktion von Chlor/Natronlaugen in das Ausland führen. Damit würden Umweltschäden lediglich verlagert werden. Die Produktion von Chlor/Natronlaugen ist deshalb über ordnungspolitische Maßnahmen wesentlich effizienter zu beeinflussen, als durch eine - möglicherweise verwaltungsaufwendige - Abgabe.

Beilage



BEILAGE**A N F R A G E**

der Abgeordneten Langthaler, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Chlor/Natronlauge-Steuer

Vor einigen Monaten schlug das Umweltministerium eine Besteuerung von Natronlauge aus der Chlor-Alkali-Technologie vor, um so chlorfrei und damit umweltgerechter erzeugte Natronlauge zu begünstigen. Eine Natronlauge/Chlor-Steuer wäre ein wichtiger Schritt in Richtung Kostenwahrheit.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen folgende

ANFRAGE:

1. Planen Sie die Einführung einer Chlor/Natronlauge-Steuer?
2. Wenn ja, wann soll Sie eingeführt werden?
3. Wenn ja, wie hoch soll Sie sein (Schilling/Tonne)?
4. Wenn nein, warum nicht?
5. Hat es diesbezüglich konkrete Gespräche mit dem Umweltministerium gegeben?

